

**China zählt zu Deutschlands wichtigsten Handelspartnern. Deutsche Unternehmen profitieren nicht nur vom Zugang zum chinesischen Markt, sondern erfahren ebenso zunehmende Beliebtheit bei chinesischen Investor\_innen. Gleichzeitig wachsen in Deutschland jedoch politische Bedenken und die Angst vor dem Abfluss von technischem *Know-How*, da sich China gezielt in Schlüsseltechnologien einkauft, um eigene Entwicklungen zu forcieren.**

**Am 8. Oktober 2018 lud der Managerkreis NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung zu einer Diskussion mit Bernhard Kemper, Geschäftsführer des Unternehmens Energy from Waste (EEW) und Milan Nitzschke, Präsident von EU ProSun und Sprecher von AEGIS Europe, in die Räumlichkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn ein.**

Aus Sicht vieler Ökonom\_innen zeichnen sich die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen durch ein Ungleichgewicht aus: Während chinesische Unternehmen sich in großem Maße in deutsche Unternehmen einkaufen, ist der chinesische Marktzugang aus deutscher Sicht vergleichsweise noch sehr beschränkt. Was sind die Voraussetzungen für die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen? Wie müssen die Länder ihre Marktzugänge regeln? Und welche Rahmenbedingungen sind für einen fairen Wettbewerb erforderlich? Diese und weitere Fragen standen im Fokus der Veranstaltung, bei der die Gäste unter der Moderation der Interims-Vorsitzenden des Managerkreises NRW, Dr. Beate Kummer, diskutierten und aus ihrer Sicht als deutsche Unternehmer von ihren Erfahrungen mit chinesischen Investor\_innen berichteten.

### **Unternehmensakquisitionen als Folge politischer Ziele**

In seinem Eingangsstatement eröffnete Bernhard Kemper Einblicke in EEW, dessen Geschäftsmodell darin besteht, in Abfallverwertungsanlagen Energie aus nicht mehr recycelbaren Abfällen zu erzeugen. Auf diese Weise wird Strom von etwa 700.000 Haushalten erzeugt. „Die Anlagen tragen dazu bei, dass eine Schadstoffsенke auf allerhöchstem Niveau stattfindet“, so Kemper, der einen Bezug zu aktuellen Diskussionen um die Energiegewinnung im Kontext der deutschen Klimaziele herstellte. Im Jahr 2016 wurde das Unternehmen von einem chinesischen Investor, ein kommunaler Infrastrukturanbieter, übernommen. Doch welches Interesse könnte damit verbunden sein? Die Luftverschmutzung stellt in China ein immenses Problem dar, welche in direktem Zusammenhang mit den Emissionen der Kohleproduktion, Chinas größter Energieträger, steht. Kemper schilderte seinen Eindruck, dass sich das Thema Umwelt durch die Steigerung des Wohlstands zu einem relevanten Thema entwickelt habe, welches den Menschen immer wichtiger werde. „Die Logik der Unternehmensakquisitionen folgt politischen Zielen“, sagte Kemper und illustrierte, dass China mit der

Übernahme von EEW vor allem Synergieeffekte erzeugen wolle, um eine eigene nachhaltige und ressourcensparende Abfallbehandlung zu entwickeln. Hierzu zähle nicht nur der Transfer von technischem und operativem *Know-How*, sondern auch von Wissen.

„Man will mit dem Firmen in Deutschland auch langfristig aktiv sein“, schilderte Kemper seine Erfahrung, dass chinesische Investor\_innen durchaus Ziele einer strategischen Partnerschaft verfolgten, um gemeinsames Wachstum zu erreichen. „Wir kennen die Stimmung, die über jede Akquisition geführt wird. Aber wir machen eine ausgesprochen positive Erfahrung“. So sei es mit dem Gesellschafter möglich, neue Geschäftsfelder zu entwickeln und hohe Investitionen zu tätigen. Gleichzeitig betonte er die Vorteile auf chinesischer Seite und hoffte, dass die Zusammenarbeit „am Ende auch zur Verbesserung der Umweltqualität beiträgt“.

### **Die Notwendigkeit fairer Handelsbeziehungen**

Nach diesem ersten thematischen Überblick drehte sich die anschließende Podiumsdiskussion auch um die negativen Auswirkungen für die Wirtschaft, die im Zusammenhang mit chinesischen Investitionen in deutsche Unternehmen stehen. „Wenn man sieht, was in der Solarindustrie passiert ist, ist das exemplarisch“, warnte Milan Nitzschke, auch mit Blick auf andere Schlüsseltechnologien. Er schilderte, dass vor etwa 10 Jahren die chinesische Industrie, mit Aufträgen aus Deutschland, zahlreiche Solar-Fabriken errichtet habe. In diesem Zuge habe es einen einseitigen Wissenstransfer gegeben, da das gesamte *Know-How* nach China gewandert sei. In der Folge seien chinesische Solarmodule zu *Dumping*-Preisen auf dem deutschen und europäischen Markt verkauft worden, da unter anderem auch gegen Zölle massiv verstoßen worden sei. Obgleich die Qualität der Produkte bei Weitem nicht mit den deutschen mithalten können, wachse der Marktanteil bis heute und liege bereits bei etwa 50 %, während jener deutscher Unternehmen nur noch rund 20 % betrage. „Das heißt, wir haben in nur 10 Jahren einen Markt nahezu an China verloren. Und das ganz bestimmt nicht, weil sie dort am besten gebaut werden“, folgerte er.

Neben den unmittelbaren wirtschaftlichen Folgen erweiterte Nitzschke den Blick auf gesellschaftspolitische Fragestellungen und stellte eine Verbindung zum guten Abschneiden der AfD in den Regionen her, die durch die Solarproduktion zunächst einen großen Aufschwung erlebten und in denen später die meisten Unternehmen pleite gegangen seien. „Das erleben wir immer, wenn Industrien wegbrechen“, betonte er und forderte: „Daher müssen wir eine vernünftige Politik machen“.

### **Fehlende Gegenstrategien in Deutschland und der EU**

„Wir wollen keine Handelsbeschränkungen, sondern geregelte Handelsbeziehungen“, forderte Kemper. Hier beklagte er insbesondere den ungleichen Marktzugang: Während die Chines\_innen in Deutschland „fast alles kaufen“ könnten, unterliege Deutschland sehr starken Einschränkungen. Folglich unterstrich er die Notwendigkeit der Anerkennung auf Gegenseitigkeit, zweifelte allerdings gleichzeitig daran, dass dies auch in politischem Handeln

münden werde. „Wenn in China ein Plan beschlossen wird, wird der stringent verfolgt. Wenn in Europa mal etwas beschlossen wird, dauert es ewig“, kritisierte auch Nitzschke. Als Aufgabe der Politik betrachtete er vor allem, Verstöße konsequent zu sanktionieren und Importe im Zweifel zu untersagen, damit „nur das auf den Markt kommt, was mit europäischem Recht vereinbar ist“. Kemper schrieb der Politik hingegen auch eine eigene Verantwortung zu, keine politischen (Gegen-)Strategien zu verfolgen. Er bemängelte, dass Deutschland und die EU den langfristigen Zielen von Chinas Planwirtschaft nichts entgegenzusetzen hätten und betonte: „Wir können uns nicht beklagen, wenn von unserer Seite kein Plan da ist, dass andere einen haben“.

### **Von China lernen?**

Sollten wir also etwas vom kommunistischen System kopieren? Diese Frage richtete auch Beate Kummer an die beiden Diskutanten. Vom System selbst dürfe man sich nicht viel abgucken, forderte Nitzschke. Was wir aber lernen müssten, so der Referent, sei konsequentes politisches Handeln. „Man kann nicht erwarten, dass erst alle Dieselautos verkauft sind, bis das erste E-Auto produziert wird“, verdeutlichte er beispielhaft das Agieren der Bundesregierung im Bereich der Automobilindustrie. Somit sei schnelles Handeln erforderlich, denn „irgendwann kommen wir da nicht mehr raus. Dann sind wir nur noch der kleine Partner. Und da muss jetzt was passieren, wenn es nicht schon zu spät ist“, forderte Nitzschke.

Kemper lenkte den Blick hingegen auf zentrale Probleme des chinesischen Systems. So werde in Unternehmen nur *Top-Down* gedacht, sodass es kaum Raum gebe für Kreativität oder Verantwortungsübernahme. „Das wird einer der großen Bremsklötze in der Entwicklung des Landes sein“, prognostizierte er und unterstrich, dass die Europäer\_innen hier im Vorteil seien. Man müsse sich durchaus die Frage stellen: „Wann implodiert so was?“, und gab damit die Hoffnung nicht auf, faire Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und China erwirken zu können: „Natürlich muss man misstrauisch in die Zukunft gucken. Aber ich kann ja jetzt nicht den Kopf in den Sand stecken. Es liegt an uns, etwas Positives daraus zu machen“.

--

*Textautorin: Yasmin Berkenbrink, MA Politikwissenschaftlerin*

*Redaktion: Landesbüro NRW der FES*